

Presseerklärung zum Erscheinen des Buches (file: Eurobuchkurzfassung2012welfens)

Welfens in Hearings bei US-Senat, Europäischem Parlament, Dt. Bundestag (9.5.2012); er hat den Lehrstuhl Makroökonomik an der Bergischen Universität Wuppertal

Prof. Dr. Paul JJ Welfens © Wuppertal, 17. April 2012, www.eiiw.eu

Paul JJ Welfens, Die Zukunft des Euro. Die Europäische Staatsschuldenkrise und ihre Überwindung Berlin: Nicolai 2012

Ein exzentrischer Millionär organisierte im April 2012 in London mit britischem Humor einen Analysewettbewerb für Optionen zum Austritt aus dem Euroraum, US-Milliardär George Soros schlägt öffentlich wirre Wege für die Rettung des € vor; die Zinssätze für Spanien und Italien sind in einer neuen Anstiegsphase. In dieser kritischen Lage erscheint nun ein allgemein verständlich geschriebenes Buch zur Euro-Krise von einem in EU-Fragen ausgewiesenen Ökonomen, der in der 2008 abgeschlossenen vorigen Publikation *Transatlantische Bankenkrise* die Euro-Krise zeitig beschrieb (& Buch an Kanzleramt mailte). Während die Bundesregierung die Euro-Rettung mit der anstehenden Verabschiedung des Fiskalpaktes feiert, ist die Euro-Krise weder wirklich überwunden, noch sind die wahren Ursachen bislang benannt und daher auch die notwendigen Politikreformen verkannt. Richtig ist, dass die Euro-Währungsunion Konstruktionsprobleme hat, aber die Problempunkte der Architektur wurde nicht angegangen, die Griechenlandrettung ist – so zeigt das Buch – strategisch im Ansatz nicht durchdacht. Auch wenn die EZB mit ihrem Mehrjahreskredit für Banken im Dezember 2011 und Februar 2012 die Lage vorübergehend – zusammen mit dem eingetretenen Schuldenschnitt für Griechenland – beruhigt hat, so spricht wenig dafür, dass eine nachhaltige Stabilisierung der Währungsunion auf den Weg gebracht wurde. Was wirklich gemacht werden muss, was die Hauptprobleme sind, beleuchtet dieses Buch:

- 1) Die in Teilen der öffentlichen Diskussion vorgebrachte Überlegung, wonach sich für die Eurozone ein Austritt Griechenlands als Problemlösung anbietet, steht für einen naiven Ansatz – denn ein Austritt wäre für Athen eine Währungsreform, für die Eurozone ein grandioser globaler Vertrauensverlust mit hohen Kosten. Bei der Stabilisierung der Krisenländer gibt es Risiken, aber sie sind vertretbar.
- 2) Während Ifo-Chef Sinn immer neue Horrorzahlen zu den Rettungs- bzw. Bürgschaftsrisiken für Deutschland vorträgt und am 11. September 2011 in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung zu einem Boykott der Europäischen Zentralbank durch Deutschland aufgerufen hat, sollte man betonen: a) es ist nicht Aufgabe des Wissenschaftlers, noch dazu des Ifo-Präsidenten, zum Boykott einer demokratisch legitimierten Institution aufzurufen; b) es gibt zwar Rettungsrisiken, aber sie sind bei kluger Politikstrategie überschaubar; c) der Hauptnutznießer der Eurokrise ist neben Athen – mit seiner Drittelung seiner Staatsschuld durch den Haarschnitt – paradoxerweise Deutschland, das wegen des Sicher-Hafen-Effektes bzw. des massiven Kapitalzuflusses entsprechend unnormale niedriger Zinssätze und daher eine höhere Investitionsquote und mehr Wachstum, Beschäftigung und Steuereinnahmen in 2010/2011 hatte. Es ergaben sich pro Jahr gut 10 Mrd. € an Zinsausgabensparnissen für Berlin, was mit wachstumsbedingten Steuermehreinnahmen für den Staat in 2010-2013 rund 45 Mrd. € oder fast 2% des Bruttoinlandsproduktes ausmacht. Eine Transferunion zugunsten Deutschlands und Griechenlands soll aber die Eurozone doch offenbar nicht sein.
- 3) Der Internationale Währungsfonds tritt gern als prominenter Mitretter in den bisherigen Krisenländern auf. Aber bei Irland ist der IWF mit seinem im Juli 2006 vorgelegten FSAP-Finanz-Bericht, der Irlands Banken glänzende Gesundheit bescheinigt, selbst Teil der Irland-Krisenverursachung: ein groteskes Fehlurteil, das sich ähnlich beim FSAP-Bericht zur Schweiz findet. Der Griechenland-Artikel-IV-

Bericht von 2008 führt auch völlig in die Irre: Prognostizierte Defizitquote 2013 72%, weniger als die Hälfte des absehbar Ist-Wertes (ohne Schuldenschnitt). Gewichtige IWF-Reformen und mehr demokratische Kontrolle sind nötig, um die IWF-Berichtsqualität zu verbessern, die doch die Kapitalmärkte weltweit beeinflusst.

- 4) Die Griechenland-Rettungsaktion ist nicht stimmig und greift zu kurz. Der doppelte Haarschnitt auf Griechenland-Anleihen von 2011 – erst 21% am 21. August, dann 50% Ende Oktober sollten es sein – hat die Anleger weltweit verwirrt, da einerseits offenbar zwischen August und Ende Oktober die versammelte Weisheit der 17 Euro-Staats- und Regierungschefs völlig neue Schlüsse zogen. Andererseits haben die Euro-Gipfelchefs einem Land mit einem die Staatsschulden – laut IWF – deutlich übersteigenden Staatsvermögen erlaubt, ohne umfassendes Privatisierungskonzept fast 40% seiner Staatsschuld wegzuradieren. Während osteuropäische EU-Länder umfassende Privatisierungen zum Nutzen von Staatshaushalt und mittelfristiger Produktivitäts- und Wachstumssteigerung durchgeführt haben, schaffte es Griechenland in 2010/2011 gerade einmal 1/100 seines Staatsvermögens von etwa 400 Mrd. € zu privatisieren. Notwendig ist, so schlage ich im Buch vor, ein internationaler Herkules-Privatisierungsfonds, der im Laufe einer Reihe von Jahre unter Beteiligung der Osteuropa-Bank in London und von Privatisierungsexperten aus Osteuropa und Deutschland massive Privatisierungen zum Nutzen Griechenlands und Europas umsetzt. Nach fünf Jahren Rezession in Griechenland ist es dringlich, Athen durch einen auf Investitionen ausgerichteten Marshall-Plan zu Wachstum zu verhelfen.
- 5) Der neue Fiskalpakt vom Dezember 2011 bringt einige brauchbare Reformelemente, aber er hätte zu früherer Zeit weder das Griechenland- noch das Irland-Problem gelöst und ist daher nur halb brauchbar. Dass Griechenlands Regierung im Wahljahr 2009 4% Defizitquote im Frühjahr ankündigen konnte, während – so zeigte sich 2010 – in Wahrheit 15% als Ist-Wert kam, lässt sich als Betrugsmodell durch einheitliche Software in allen Finanzministerien der EU-Länder und der Kommission verhindern: bei vollem Einsichtsrecht für letztere in alle Budgets. Irlands 31%-Defizitquote von 2010 steht zu 2/3 für die Bankenrettung durch den Staat, der die Bankenkrise durch jahrelange Untätigkeit bzw. Pflichtverstöße in Sachen Bankenaufsicht wesentlich mit verursacht hat. Die Kommission sollte Dublin vor den Europäischen Gerichtshof bringen und muss künftig die zuverlässige Umsetzung von EU-Recht garantieren.
- 6) Die Eurozone kann sich das jetzige schlecht regulierte Bankensystem nicht auf Dauer leisten. Bankenrettungsmaßnahmen und Konjunkturpakete plus rezessionsbedingte Steuerausfälle der Transatlantischen Bankenkrise ließen binnen vier Jahren die Brutto-Schuldenquoten der OECD-Länder um fast 25%-Punkte ansteigen: 2012 werden knapp über 90% in der Eurozone erreicht, in den USA über 100%. Die G20-Reformen in Sachen Bankensysteme sind unzureichend. Notwendig sind Steueranreize für eine mittelfristig stabilere Eigenkapitalquote der Banken („Volatilitätssteuer“ als Idee).
- 7) Das Thema Euro-Staatsanleihen ist für die Währungsunion wichtig und sollte in einer sinnvollen Form kurzfristig realisiert werden: Die EZB als einziger glaubwürdiger Euro-Akteur könnte beauftragt werden, supranationale Euro-Staatsanleihen zu emittieren, die genutzt werden, um bei allen Euro-Ländern 50% der nationalen Euro-Anleihen einzutauschen. Das kann dann auch Basis für eine Geldpolitik der quantitativen Lockerung wie in Großbritannien oder den USA werden, wobei schon im Vorfeld Strukturreformen in allen Euro-Ländern notwendig sind. Bei dem mittelfristig anzuratenden Übergang zu einer Euro-Politikunion kann dann ein Euro-Parlament und eine Euro-Regierung über die weiteren Modalitäten für echte Euroanleihen beschließen, die ebenso wie die EZB-Euro-Staatsanleihen langfristig enorme Zinsausgabeneinsparungen bzw. sinkenden reale Kapitalkosten bedeuten.
- 8) Mit energischeren Reformen können € und EZB Ecksteine der EU-Stabilität sein.